

DOI: 10.7311/tid.12.2019.09

Heinz-Helmut Lüger (Koblenz-Landau)

Populistisches Argumentieren? Feindbilder und Sprachstrategien der AfD

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es zu untersuchen, wie verschiedene Argumentationsmuster genutzt werden, um Polarisierungen, Aggressivität und andere Formen populistischer Kommunikation zu betonen. Besondere Aufmerksamkeit gilt persuasiven Strategien und der Feindbildkonstruktion. Das Beispielmateriale sind Verlautbarungen der sogenannten Alternative für Deutschland (AfD).

Schlüsselwörter: Populismus, Persuasion, Polarisierung, Gesichtsbedrohung, Propaganda

Populist argumentation? Enemy imaging and linguistic strategies of the AfD

The aim of the present article is to analyze how different patterns of argumentation are used to emphasize polarization, aggressiveness and other forms of populist communication. Special attention will be paid to persuasive strategies and enemy imaging. The source material includes current documents generated by the German political party *Alternative für Deutschland (AfD)*.

Keywords: populism, persuasion, polarization, face threatening act, propaganda

Populistyczna argumentacja? Obraz wroga i strategie językowe AfD

Celem artykułu jest zbadanie, w jaki sposób różne wzorce argumentacyjne są wykorzystywane w celu działań, których intencją jest polaryzacja, wywołanie agresji i innych form komunikacji populistycznej. Szczególna uwaga zostanie zwrócona na strategie perswazyjne i budowę obrazów wroga. Przykładowym materiałem są ogłoszenia partii Alternatywa dla Niemiec (AfD).

Słowa kluczowe: populizm, perswazja, polaryzacja, zagrożenie dla twarzy, propaganda

„Daß 1933 kam, so war die Meinung, lag an den Institutionen. Daß es nicht wiederkehre, verlangt solche Institutionen, die es unmöglich machen.“ (Jaspers 1966: 141)

1. Die AfD – eine ganz normale Partei?

Die Parteienlandschaft hat sich in der Bundesrepublik, wie auch in einigen anderen europäischen Ländern, in den letzten Jahren stark verändert. Die Zeit zweier dominierender Volksparteien scheint vorbei, neue Gruppierungen sind hinzugekommen, andere haben an Bedeutung gewonnen oder verloren. Ebenso sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien einem Wandel unterworfen; ursprüngliche Differenzen haben an Bedeutung eingebüßt, und das Profilierungsbestreben zwischen den Parteien führt zu mehr oder weniger deutlichen Akzentverschiebungen.

Einen außergewöhnlichen Aufstieg verzeichnet die 2013 gegründete Partei *Alternative für Deutschland* (AfD). Sie ist inzwischen in allen Landtagen und auch im Bundestag vertreten. Die höchsten Werte wurden in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit 20,8 bzw. 24,3 Prozent erreicht. Bei der Bundestagswahl 2017 kam die AfD auf 12,6 Prozent.

Unmittelbarer Vorläufer der AfD war die *Wählerinitiative 2013*, in der sich Europakritiker, Rechtskonservative und Vertreter neoliberaler Netzwerke zusammenfanden.¹ Diese Initiative, an der u.a. Bernd Lucke, Alexander Gauland, Beatrix von Storch, Konrad Adam, Hans-Olaf Henkel beteiligt waren, führte schließlich im April 2013 zum Gründungsparteitag der Partei in Berlin. Als eine zentrale Forderung wurde die Auflösung des Euro-Währungsgebiets beschlossen. Die Rolle als Sprecher der AfD übernahmen Bernd Lucke, Konrad Adam und Frauke Petry. In der Folge gab es verschiedene Auseinandersetzungen und Abspaltungen wegen der politischen Ausrichtung: 2015 erklärte Bernd Lucke seinen Austritt aus der AfD und gründete die *Allianz für Fortschritt und Aufbruch* (ALFA), ein Jahr später umbenannt in *Liberal-Konservative Reformer* (LKR); nennenswerte Wahlerfolge blieben der Gruppierung bislang jedoch versagt. 2017 trat Frauke Petry, immerhin vier Jahre lang Parteisprecherin, aus der Partei und der AfD-Bundestagsfraktion aus, obwohl sie für diese Partei gerade ein Bundestagsmandat erworben hatte. Dieses Mandat behielt sie bei und gründete die *Blaue Partei*. Der Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit konnte auf diese Weise allerdings nicht verhindert werden.

¹ Genauer zur Entstehung der AfD der Überblick von Dietl (2018: 9ff.); vgl. außerdem die Ausführungen in Friedrich (2015).

Von den übrigen Parteien wurde die AfD zunächst unterschätzt, anhaltende Wahlerfolge hielt man für wenig wahrscheinlich. Ein solcher Blick durch die rosarote Brille wird in der folgenden, stellvertretend auf Angela Merkel bezogenen Karikatur (Abb. 1) als naiv, verharmlosend und realitätsblind an den Pranger gestellt:



Abb. 1: Anfängliche Unterschätzung der AfD (Jürgen Janson, 18.9.2014; <https://janson-karikatur.de/afd-im-aufwind-2/> (11.3.2019))

Mehrere Erfolge der AfD bei Landtagswahlen führten jedoch schon bald zu einem radikalen Einstellungswandel. Inzwischen wird die AfD nicht nur mit Skepsis, sondern generell von den anderen im Bundestag repräsentierten Parteien mit starker Ablehnung bedacht. Die Vorbehalte richten sich vor allem gegen Positionen, die als nationalistisch oder rechtsextrem eingestuft werden, und gegen Forderungen, die z. B. eine Abkehr von der Europäischen Union oder die Einführung einer restriktiven Migrationspolitik betreffen. Einen gewissen Höhepunkt bildete in dieser Hinsicht die Auseinandersetzung um die sog. „Willkommenskultur“ der Merkel-Regierung seit 2015, einschließlich des Slogans „Der Islam gehört zu Deutschland“. Nicht zu unterschätzen ist, sofern es um die Ablehnung der AfD geht, außerdem die Wirkung gezielter und medienwirksamer Provokationen, wie sie mehr oder weniger regelmäßig von Parteivertretern wie Björn Höcke, Alexander Gauland oder Alice Weidel inszeniert werden. In dem Zusammenhang wäre schließlich auch der Vorwurf des **Populismus** zu nennen.

2. Populismus: Agitation versus Argumentation?

Was ist nun unter ‚Populismus‘ zu verstehen? In der politischen Auseinandersetzung wird der Begriff häufig verwendet, um eine konkurrierende Position als unsachlich, als stark vereinfachend oder als polemisch abzuqualifizieren. Einen Politiker als Populisten zu bezeichnen, bedeutet gewissermaßen, ihn als unseriös abzustempeln und ihm irrationales Agitieren vorzuhalten. Versucht man jedoch, Populismus nicht nur als Stigmaausdruck, sondern auch als deskriptiven Begriff zu sehen, dann erscheint es ratsam, an konkreten Äußerungen anzusetzen und zu versuchen, spezifische Merkmale sprachstilistischer und inhaltlicher Art zu ermitteln. Als zwei wesentliche Kriterien kann man hier zunächst ‚**Personalisierung**‘ und ‚**Polarisierung**‘ festhalten. Dies sei an einem Beispiel kurz veranschaulicht:

- (1) [...] Kennt ihr Peter Altmaier von der CDU? Peter Altmaier ist einer von den phrasendreschenden Politikfunktionären, die vermutlich für nichts stehen außer für sich selbst. Er fühlt sich bei der CDU genauso wohl wie er das bei den Linken oder den Grünen tun würde.

Er ist einer von denen, die ihr Fähnchen immer in den Wind des Zeitgeistes gehängt haben. Er ist einer von denen, ohne die unsere erstarnte Parteiendemokratie nicht gedacht werden kann. Und er ist Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, also die rechte Hand unserer verehrten Bundeskanzlerin.

[...] Ich habe das Gefühl, daß sich Herr Altmaier über das deutsche Volk, also uns, lustig macht – und zwar mit einer bodenlosen Ignoranz, die ihresgleichen sucht!

(Björn Höcke: Rede zur Demonstration in Magdeburg am 27.1.2016; <http://afd-thueringen.de/reden/> (12.2.2017))

Ganz offensichtlich geht es dem Redner insbesondere darum, einige aus seiner Sicht negative persönliche Eigenschaften des genannten Politikers hervorzuheben und damit die aktuelle Regierungspolitik zu kritisieren: Jemanden als „phrasendreschend“ und „Politikfunktionär“ zu kennzeichnen, ihm „bodenlose Ignoranz“ zuzuschreiben, ihm zu unterstellen, „sein Fähnchen in den Wind des Zeitgeistes zu hängen“ und „sich über das deutsche Volk lustig zu machen“, all das sind höchst negative Urteile, zumal dann, wenn keine Begründungen gegeben werden. Ziel ist die Diskreditierung einer Person und damit des durch diese Person repräsentierten Programms bzw. der damit verbundenen Institution. Gleichzeitig wird ein Szenario entworfen, das sich durch einen klaren Gegensatz zwischen dem oder den politisch Verantwortlichen einerseits und den Opfern, hier dem „deutschen Volk“, andererseits auszeichnet. Beide Verfahren, das

personalisierende und das polarisierende, kann man zu den Kernelementen einer populistischen Form der Auseinandersetzung rechnen. In Verbindung mit dem Polarisieren wäre ebenfalls noch ein gewisser Hang zum **Skandalisieren** zu nennen. Dieser manifestiert sich nicht zuletzt in einer emotionsgeladenen, zum Teil auch aggressiven Wortwahl. So begnügt sich der Sprecher in (1) nicht mit einfachen negativen Bewertungen, sondern bekundet gleichzeitig ein massives Empörtsein: Der kritisierte Politiker wird zum Inbegriff der „erstarrten Parteidemokratie“; ihm wird nicht allein „Ignoranz“ bescheinigt, sondern diese sei zudem „bodenlos“ und suche ihresgleichen. Derartige Emotionsbekundungen evokieren Ablehnung und Abwehr, sie sind symptomatisch für ein personalisierendes, polarisierendes und skandalisierendes Redeverhalten (vgl. Kaczmarek 2017, Scharloth 2017).

Auch wenn die bemühten Beispiele auf den ersten Blick eine klare Zuordnung erlauben, sollte dies über eines nicht hinwegtäuschen: Die Kategorien ‚personalisierend‘, ‚polarisierend‘, ‚skandalisierend‘ sind keineswegs immer eindeutig abgrenzbar, meist markieren sie einen bestimmten graduellen Wert auf einer offenen Skala und korrelieren nicht notwendig mit speziellen sprachlichen Mitteln oder Verfahren.² Insofern bleibt auch der Ausdruck ‚populistisch‘ ein relationaler und schwer operationalisierbarer Terminus:

„Populismus“ ist ein sogenannter Relationsbegriff. Im Unterschied zum Substanzbegriff, der eine Art ontologische oder phänomenologische Selbstständigkeit impliziert, erhalten Relationsbegriffe und mit ihnen deren konstitutive Merkmale erst in Bezug auf etwas anderes ihre spezifische Bedeutung. Anders als Großideologien wie der Liberalismus oder der Kommunismus setzt sich der Populismus zu immer neuen, wechselnden Bezugssystemen in eine Anti-Beziehung. (Scharloth 2017: 2)

Wie bereits oben angedeutet, legen populistische Äußerungen meist eindeutige Freund-Feind-Schemata zugrunde. In (1) etwa steht die „erstarrte Parteidemokratie“ (mit den „phrasendreschenden Politikfunktionären“) in Opposition zum „deutschen Volk“. Das Feindbild ist klar umrissen, ebenso die Opferrolle: „Die politische Klasse wird mit dem Generalverdacht belegt, sich vom Willen des ‚Volkes‘ entfernt zu haben.“ (Decker/ Lewandowsky 2009) Was mit dem Rekurs auf das „Volk“ jeweils genau gemeint ist, bleibt oft unklar. Handelt es sich um eine ethnisch-kulturelle Gemeinschaft, um einen abstrakten Volkswillen, ein idealisiertes „Vaterland“ oder um den sog. „kleinen Mann“, dem angesichts der bestehenden Verhältnisse nur die Rolle des Betroffenen, des Dupierten bleibt?

² Wie fließend und problematisch hier die Grenzen mitunter sein können, hat am Beispiel sprachlicher Expressivität ausführlich Piroshnikow (2014: 57ff.) gezeigt.

Dies kann von Fall zu Fall unterschiedlich ausfallen, je nach dem gegebenen politischen „Bezugssystem“.³ In den meisten Medien ist die Zuweisung jedoch eindeutig:



Abb. 2: Der „kleine deutsche Mann“ (Die Rheinpfalz 2.7.2018)

Vorgeworfen wird eine einseitige, nur propagandistische Fixierung auf den „kleinen deutschen Mann“. Eine Konstante stellt darüber hinaus die dualistische Sehweise dar, bei der es ein Oben und ein Unten gibt, wo eine Gegnerschaft zu einem wie auch immer gearteten „System“, zu einer abgehobenen Elite oder zu einer feindseligen Institution besteht. Natürlich handelt es sich dabei nicht um ein parteispezifisches oder nur für eine bestimmte politische Orientierung geltendes Modell, es ist auch kein neues oder etwa nur deutsches oder national bedeutsames Phänomen; dies haben verschiedene Untersuchungen immer wieder mit Nachdruck und grenz(en)überschreitend bestätigt.⁴

3. Populistisches Parteiprogramm?

Um auf die AfD zurückzukommen: Sie trägt nicht nur das Wort *Alternative* in ihrem Parteinamen, sondern wird offenkundig auch von vielen Wählern als solche wahrgenommen. Dies zeigt sich besonders hinsichtlich der „Flüchtlingspolitik“

³ Auf die Rolle von *Volk* als Schlüsselwort im aktuellen politischen Diskurs geht ausführlich Weber (2017: 246ff.) ein; vgl. ebenso Decker/ Lewandowsky (2009), Felder (2018) und Lüger (2018: 83ff.).

⁴ Vgl. z. B. Pörksen (2000), Decker/ Lewandowsky (2009), Omlor (2011), Lüger (2014), Decker (2017), Keilholz/ Obert (2018), Visser (2018).

der Merkel-Regierung seit 2015. Das Thema ‚Zuwanderung‘ spielt im übrigen eine überaus wichtige Rolle für die Mitglieder der AfD. Dennoch wäre es verfehlt, die AfD für eine Ein-Themen-Partei zu halten. Zumindest das Parteiprogramm weist ein breites inhaltliches Spektrum auf, wobei die Unterschiede zu anderen Parteien deutlich ins Auge springen⁵. So fordert die AfD eine klare Orientierung an der ‚deutschen Leitkultur‘, eine Beibehaltung nationalstaatlicher Kompetenzen innerhalb der Europäischen Union, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftssteuer, eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die Beendigung der Genderforschung, um nur einige Beispiele zu nennen. Aus einer kritisch-distanzierten Perspektive formuliert:

Der Kampf gegen das sogenannte Gender-Mainstreaming und der Antifeminismus im Allgemeinen standen ebenso seit ihrer Gründung auf der Agenda wie das Bekenntnis zur traditionellen Familie und die damit verbundene Ablehnung von LGBT⁶ oder die Forderung nach einer strikten Einwanderungs- und Asylpolitik. Die AfD wurde nicht nur zum Sammelbecken für Nationalkonservative und Marktradikale, sondern auch für andere Reaktionäre und Rechte jeglicher Couleur. (Dietl 2018: 24)

Es gibt aber auch Passagen im Parteiprogramm, die nicht von vornherein als ‚reaktionär‘, ‚radikal‘ oder ‚rechtsextrem‘ einzustufen sind. Von daher wird im Folgenden versucht, diesbezügliche Ausführungen der AfD daraufhin zu prüfen, ob oder inwieweit sie tatsächlich ein durchgängiges Kontrastprogramm zu anderen politischen Parteien abgeben und in welchem Maße sie als Beispiele für populistisches Argumentieren im oben genannten Sinne gelten können. Die Formulierungen in (2) etwa sind nicht unbedingt typisch für eine populistische Diktion:

- (2) Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur. Denn Demokratie und Freiheit stehen auf dem Fundament gemeinsamer kultureller Werte und historischer Erinnerungen. (Grundsatzprogramm der AfD 2016: 6)

Aufgerufen sind in erster Linie urdemokratische und unverfängliche Ausdrücke wie *Gewaltenteilung* oder *Rechtsstaatlichkeit*, die das Eingebundensein in eine bewährte politische Tradition nahelegen. Auch das Anführen eines

⁵ Das ‚Grundsatzprogramm‘ der AfD von 2016 ist einsehbar unter: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> (15.9.2018).

⁶ *LGBT* verweist auf ‚Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender‘; inzwischen wurde das Kürzel um ein *I* wie ‚Intersexual‘ erweitert.

Fundaments „gemeinsamer kultureller Werte und historischer Erinnerungen“ bestätigt die eingeschlagene Linie. Dies mag man für Anpassung, für eine Übernahme allgemeiner Standards oder vielleicht sogar für ein simples Ablenkungsmanöver halten, jedenfalls wäre es zumindest an dieser Stelle verfehlt, von aktuellen Verlautbarungen einer extremen Organisation zu sprechen. Verwunderung mag allenfalls das Vorkommen des Ausdrucks *Subsidiarität* in der obigen Reihe auslösen. Der Terminus wird vor allem im Zusammenhang mit Entwicklungen der Europäischen Union verwendet; die AfD lehnt die Abgabe nationaler Kompetenzen strikt ab: „Wir fordern im Gegenteil das Subsidiaritätsprinzip konsequent beizubehalten und Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzugeben.“ (2016: 17) Unter dem Stichwort „Europa der Vaterländer“⁷ werden verschiedene Veränderungen innerhalb der EU gefordert, und sollten sich diese nicht umsetzen lassen, befürwortet man letztlich den Austritt Deutschlands aus dem, wie es heißt, „bestehenden System“ (2016: 16).

Markant sind weiterhin die gezielt eingesetzten **Bezüge zur deutschen Geschichte**, wie sie sich an mehreren Textbeispielen zeigen lassen:

- (3) In der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner demokratischer Staaten zu schaffen, die einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind. (2016: 6)
- (4) Unsere Kultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider, die sich zwar stets verändern, aber dennoch einen einzigartigen Kernbestand aufweisen. (2016: 47)
- (5) Die AfD fühlt sich dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtet. (2016: 52)
- (6) Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung kein klassisches Einwanderungsland [...]. (2016: 58)

⁷ Vermutlich in Anspielung auf das von Michel Debré und Charles de Gaulle initiierte Schlagwort *Europe des patries*.

Um die Akzeptanz bestimmter Aussagen zu fördern, verweist man häufig auf historische Sachverhalte. Die „Revolutionen von 1848 und 1989“ zum Beispiel fungieren als argumentative Stützung, wenn es um die Forderung geht, gegenüber der EU die volle nationalstaatliche Souveränität zu behaupten (vgl. (3)); das Eingehen auf die historischen Wurzeln der deutschen Sprache und Kultur führt zur Propagierung der „deutschen Leitkultur“ und zur Ablehnung eines sog. „Multikulturalismus“ (vgl. (4)); die Berufung auf das „Humboldtsche Bildungsideal“ leitet über zum Appell, das „Ethos der Wissenschaft“ zu stärken und die „Gender-Forschung“ einzustellen (vgl. (5)); an anderer Stelle wird die Geschichte Deutschlands angeführt, um die negative Haltung zum Thema Asyl und Einwanderung zu begründen (vgl. (6)). Die bisher herangezogenen Ausführungen bestätigen also eine grundsätzlich konservative Werteorientierung, ein eindeutiges Bekenntnis zur deutschen Geschichte und zur „deutschen kulturellen Identität“ sowie eine nicht minder eindeutige Skepsis gegenüber dem europäischen Einigungsgedanken und besonders gegenüber den Entwicklungen in der Asyl- und Migrationspolitik. Die hier eingenommenen Positionen mögen – je nach Bereich und je nach Pointierung der Stellungnahmen – zum Teil durchaus vereinbar mit denen anderer Parteien sein; bei anderen Programminhalten dürften Übereinstimmungen eher schwierig werden, etwa bei der Asylfrage.

Daneben kommen jedoch verschiedene Passagen im Programm der AfD vor, die wesentlich stärker und gezielter die Opposition zu den übrigen Parteien betonen und prinzipielle Unvereinbarkeiten hervorheben. Dies sei an einigen Beispielen veranschaulicht. Bereits in den einleitenden Abschnitten der Präambel wird eines deutlich: Die AfD betreibt eine Abgrenzung um jeden Preis, sie ist bemüht, sich als einzig mögliche politische Alternative zu profilieren (Tab. 1).

Grundlegend ist wiederum eine dualistische und damit polarisierende Sichtweise. Auf der gegnerischen Seite befindet sich die „politische Klasse“. Ihr wird nicht nur vorgeworfen, die getroffenen politischen Entscheidungen als „alternativlos“ bezeichnet zu haben⁸; ihre gesamte Handlungsweise wird zurückgewiesen. Und zu jedem einzelnen Handlungsfeld, von der Einwanderungspolitik bis zur Euro-Rettung, will die AfD eine Alternative bieten. Diese Form der Selbstdarstellung ist nicht zufällig, sie entspricht der Daseinsbegründung der Partei: Erst das (behauptete) Versagen der „politischen Klasse“ bzw. des „Systems“ habe die Gründung einer „alternativen“ Partei erforderlich gemacht. Eine solche Sicht der Dinge ist letztlich auch konstitutiv für die Textgestaltung des gesamten

⁸ Die Vokabel *alternativlos* wurde besonders ab 2009 häufig von Angela Merkel und ihren Ministern gebraucht. 2010 wählte die Gesellschaft für deutsche Sprache *alternativlos* zum Unwort des Jahres, und zwar deswegen, weil man dem Wortgebrauch Förderung von Politikverdrossenheit nachsagte.

antizipierte, unterstellte Einstellungen und Positionen von Adressaten	politische Antworten im Parteiprogramm	
<p>Es herrscht Politikverdrossenheit; es gibt eine „politische Klasse“, die Alternativlosigkeit behauptet.</p>	<p>Zusammengefunden haben wir uns als Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischen Werdegang. Das geschah in dem Bewusstsein, dass es an der Zeit war, ungeachtet aller Unterschiede, gemeinsam zu handeln und verantwortungsbewusst zu tun, wozu wir uns verpflichtet fühlen. Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als „alternativlos“ zumuten zu können.</p>	<p>→ Angebot einer „echten politischen Alternative“</p>
<p>Es wurde gegen geltendes Recht verstoßen.</p>	<p>Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen</p>	<p>→ Bekämpfung des Rechtsbruchs</p>
<p>Die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft wurden ignoriert.</p>	<p>die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen. Ebenso wollten wir nicht länger hinnehmen, dass durch das</p>	<p>→ Kampf gegen wirtschaftliche Unvernunft</p>
<p>Die Euro-Rettung hat neue Feindseligkeiten entstehen lassen.</p>	<p>Regime der EURO-Rettung längst überwundene Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern neu aufbrechen. Daher haben wir uns</p>	<p>→ Kampf gegen die Folgen der Euro-Rettung</p>
<p>Eine politische Alternative war überfällig.</p>	<p>dafür entschieden, Deutschland und seinen Bürgern in allen Bereichen eine echte politische Alternative zu bieten. (2016: 6)</p>	<p>→ Angebot einer „echten politischen Alternative“</p>

Tab. 1: Antizipierte Positionen und „politische Antworten“

Parteiprogramms. Die zahlreichen – und skandalisierbaren – Fehler der politisch Verantwortlichen motivieren für die AfD die im einzelnen vorgebrachten „Alternativen“, die Ausführungen im Programm lesen sich daher weitgehend als mehr

oder weniger direkte Reaktionen auf Mängel und Versäumnisse der politischen Konkurrenz. Das mag in Parteiprogrammen durchaus eine übliche Vorgehensweise sein; bei der AfD ist jedoch der direkte Replik-Charakter auffällig, der praktisch wie ein roter Faden den gesamten Text durchzieht. Die AfD schreibt sich damit die Aufgabe zu, die aus ihrer Sicht angerichteten Schäden reparieren und das Land wieder in Ordnung bringen zu müssen – sie inszeniert sich, wie Kämper (2017: 21f.) treffend resümiert, als „**Aufräumer**“-Partei. Insofern erscheint es auch konsequent, wenn durchweg aktuelle politische Sachverhalte aufgegriffen werden, auf die man distanzierend Bezug nimmt, um dann von dort aus – nach dem oben angedeuteten polarisierenden Schema – das eigene Profil festzulegen. In Tab. 2 werden einige solcher Sachverhalte, die keineswegs immer explizit ausformuliert sind, aufgelistet und mit den daraus abgeleiteten Programmäußerungen kontrastiert.

Die aufgeführten Belege sind zwar nur den ersten Kapiteln entnommen, das polarisierende Darstellungsprinzip bleibt aber im gesamten Programm gleich. Als markantes sprachliches Merkmal fällt sogleich, wie bereits von Kämper (2017: 23) festgehalten, die häufige Verwendung des Adverbs *wieder* auf („staatliche Organe wieder an ihren Auftrag binden“, „damit die Staaten Europas wieder zu Leuchttürmen für Freiheit und Demokratie in der Welt werden können“, „müssen sich die Organe und Institutionen des Staats wieder an das Recht halten“). In dem Zusammenhang wären ebenso bestimmte Prädikatsausdrücke zu nennen, die den beabsichtigten Wandel verdeutlichen; nicht selten wird die Rückführung zu einem früheren (vermeintlich besseren) Zustand gefordert: „unser Land grundlegend erneuern“, „dem Volk das Recht geben, ...“, „gegensteuern wollen“, „dem Wähler die Entscheidung zurückgeben“, „Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben“ usw.

Die AfD sieht sich oft dem Vorwurf ausgesetzt, fremdenfeindliche bzw. rassistische Positionen zu vertreten. Ganz ohne Zweifel weisen ihre einwanderungs- und asylpolitischen Vorstellungen große Unterschiede im Vergleich zu anderen Parteien auf, dies zeigen auch verschiedene Stellungnahmen im Parteiprogramm. In der Einleitung zum Kapitel „Einwanderung, Integration und Asyl“ findet man folgende Aussagen:

- (7) [...] Fehlentwicklungen im Asyl- und Einwanderungsbereich sollen um eines befürchteten Umschwungs der öffentlichen Meinung willen nicht zur Sprache kommen; gleichzeitig soll vom völligen Versagen der Asyl- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre durch die herrschenden Parteien abgelenkt werden. Eine offene Diskussion wird damit verhindert.

Das alles führt zu ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber der Mehrzahl der rechtstreuen, integrierten ausländischen Mitbürger als auch der rechtstreuen Asylbewerber. [...] (2016: 58)

kritisierte Sachverhalte	Reaktionen der AfD im Programm
Mit der Europäisierung hat Nationales an Bedeutung verloren.	→ „Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben.“ (2016: 6)
Ein „politisches Kartell“ hält die Zügel der Macht in der Hand.	→ „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (2016: 8)
Der Staat hat seine Aufgaben zu stark ausgeweitet, was die „Freiheitsrechte der Bürger“ bedroht.	→ „Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.“ (2016: 9)
Die Gewaltenteilung wurde faktisch außer Kraft gesetzt.	→ „Wer Parlamentarier ist, soll in Zukunft nicht mehr Teil der Exekutive sein dürfen und umgekehrt.“ (2016: 10)
Die Allmacht der Parteien gefährdet die Demokratie und ist Grund für die Politikverdrossenheit.	→ „Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren.“ (2016: 11)
Die Parteienfinanzierung ist vollkommen aus dem Ruder gelaufen.	→ „Alle Mittel der Parteienfinanzierung sind entgegen derzeitiger Praxis der unbeschränkten Kontrolle der Rechnungshöfe zu unterwerfen.“ (2016: 12)
Die Auswahl der Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten erfolgt in Absprachen der Parteien.	→ „Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und parteienunabhängiger zu machen, bedarf es einer Änderung des Art. 54 des Grundgesetzes für die Direktwahl durch das Volk.“ (2016: 13)
Bisher wird die Steuerverschwendung zum Nachteil des Gemeinwohls nicht verfolgt.	→ „Die AfD will einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.“ (2016: 14)
Die EU entwickelt sich zu einem zentralen Bundesstaat.	→ „Stattdessen treten wir dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne.“ (2016: 16)
... ..	→

Tab. 2: Programmforderungen der AfD und ihre Herleitung

Die Ablehnung der Regierungspolitik ist ebenso eindeutig wie die Kritik an der Berichterstattung der Medien.⁹ Auf der anderen Seite werden „ausländischen Mitbürgern“ und „Asylbewerbern“ ausdrücklich die Attribute *integriert* und *rechtstreu* zugeschrieben. Damit wäre wenigstens den Anforderungen an die rechtliche Unbedenklichkeit des Programms Genüge getan. Dies schließt nun bestimmte Forderungen und Vorschläge zur Begrenzung von Einwanderung und Asylanträgen nicht aus. Die AfD entwickelt diesbezüglich ein ausführliches Gegenprogramm, angefangen mit der These:

(8) Der Islam gehört nicht zu Deutschland. (2016: 49)

Mit dieser Position widerspricht die AfD der ebenso markant formulierten These „Der Islam gehört zu Deutschland“ des früheren Bundespräsidenten Wulff im Jahre 2010 und der Bundeskanzlerin Merkel während des Besuchs eines türkischen Politikers am 12. Januar 2015. Beide Versionen sind ohne Frage mehrdeutig auslegbar und haben in der politischen Debatte sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Im Programm der AfD gibt es jedoch verschiedene Stellungnahmen, die das hier Gemeinte präzisieren:

(9) Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen. Die Rechtsvorschriften der Scharia sind mit unserer Rechtsordnung und unseren Werten unvereinbar. (2016: 48f.)

(10) [...] Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalieren. (2016: 49)

⁹ Der mit der Aussage „Eine offene Diskussion wird damit verhindert“ verbundene Vorwurf ist im übrigen nicht gänzlich von der Hand zu weisen: Gerade mit der nach 2015 propagierten „Willkommenskultur“ und im Gefolge des Merkel-Slogans *Wir schaffen das!* machte sich in den meisten Medien eine einseitige, schönfärberische Berichterstattung breit. Kritik an der Einwanderungspolitik fand kaum Gehör, Negatives wurde schnell als ausländerfeindlich oder gar als rechtsextrem abgetan; vgl. auch Smykała (2016).

Auf das uneingeschränkte Bekenntnis der AfD zur „deutschen Leitkultur“ (2016: 47) wurde bereits oben hingewiesen. Bezüglich des Islam heißt es nochmals, eine Grenze der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit sehe man nur in der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“; die Grundlage der islamischen Rechtsprechung, die Scharia, gehöre aber ausdrücklich nicht mehr zum tolerierbaren Bereich. In (10) wendet man sich gegen die Herausbildung nicht integrierter Parallelgesellschaften und besonders gegen Aktionen radikalisierter Salafisten. Auch in diesem Fall dürften Anspielungen auf konkrete Vorkommnisse zugrundeliegen: So hielten beispielsweise in Nordrhein-Westfalen Polizei und Justiz jahrelang Patrouillen selbsternannter Islamwächter (mit Warnwesten und der Aufschrift „Shariah-Police“) für rechtlich unbedenklich, um nur ein Beispiel zu nennen; erst der Bundesgerichtshof sorgte 2018 für eine andere Einschätzung. Die Bezeichnung *Parallelgesellschaft* mag man für unberechtigt halten, doch gehört vor allem in Großstädten die Existenz religiös, kulturell, sozial abgegrenzter Gruppen längst zur politischen Realität (dies nicht nur in Deutschland). Weitere Aspekte kommen in den folgenden Auszügen zur Sprache:

- (11) Ausnahmslos jeder Asylantragsteller wandert in das soziale System ein, da ihm ab Grenzübertritt Leistungsansprüche zustehen. Nach seiner Anerkennung gilt dasselbe für nachziehende Familienmitglieder. Die AfD fordert, die schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs für anerkannte Asylbewerber zu beenden. (2016: 63)
- (12) Einwanderungsbedingte Kriminalität ist wegen ihrer Einbettung in Familien-, Clan- und kulturelle Strukturen und aufgrund der Sprachbarriere sehr schwer zu bekämpfen. Der derzeitige Rechtszustand, nach dem aufenthaltsbeendende Maßnahmen für diese Straftäter kaum möglich sind, muss geändert werden. (2016: 64)
- (13) Religionskritik, auch Kritik am Islam, ist im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig als Teil des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Religiöse Satire und Karikaturen sind ebenfalls von der Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt. Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“. (2016: 49)

Angesichts der bisher kommentierten Passagen ist es wohl kein Zufall, wenn in (11) das Augenmerk der „Einwanderung in die Sozialsysteme“ gilt. Und bei aller Einseitigkeit der im AfD-Programm herangezogenen Gesichtspunkte ist festzuhalten: Die Leistungsansprüche bestehen zu Recht, hinzu kommt, auch bei unvoreingenommener Betrachtung, eine hohe Zahl betrügerischer

Leistungsgewährungen, und der Familiennachzug wurde in der Regierungskoalition intensiv und lange kontrovers diskutiert. Die Summe von mehr als 20 Milliarden Euro, die aus Steuermitteln jährlich für die Merkelsche Flüchtlingspolitik aufzubringen ist, wird von den Medien nur selten thematisiert und in der Regel nicht weiter problematisiert. Ähnliches gilt für Daten zur Kriminalität: Jahrzehntlang hat man z. B. die organisierte Kriminalität von Familien-Clans entweder nicht beachtet oder bagatellisiert, und auch kriminellen Delikten von Flüchtlingen wird nicht mit besonderer Aufmerksamkeit nachgegangen.¹⁰ Der AfD dient dies offenbar als Vorlage für die Formulierung entsprechender Forderungen wie in (11) und (12). Ein weiterer Punkt betrifft die Möglichkeit, öffentlich Kritik auch am Islam üben zu können, ohne dafür z. B. als rassistisch oder islamfeindlich angeprangert zu werden (13). Ein solches Verlangen mag in einem demokratischen Staat auf den ersten Blick überraschen; plausibel wird es nur, wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem Maße Entwicklungen der politischen Korrektheit Formen angenommen haben, die offene politische Auseinandersetzungen beeinträchtigen; dies trifft nicht zuletzt auch auf Äußerungen zu, die Anliegen von Ausländern und überhaupt den Umgang mit Fremdem und Fremden zum Gegenstand haben.

Sicher nicht ganz unproblematisch sind Textstellen, wo umstandslos vom „Wohl des deutschen Volkes“ gesprochen wird:

(14) [Außen- und Sicherheitspolitik:] Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen. (2016: 29)

Auf diese Weise die Vorrangstellung des „deutschen Volkes“ zu beanspruchen, ruft, gerade mit Blick auf die restriktiven Ausführungen bezüglich Asylbewerbern und Migranten, leicht Vorstellungen hervor, die den eingangs angeführten hehren Zielen nicht vereinbar sind.

Da die AfD sich auch als Protestpartei versteht bzw. von vielen Wählern als eine solche betrachtet wird, überrascht nicht, wenn sich im Programm nicht nur

¹⁰ Hierzu folgende Stellungnahme aus einem Leserbrief:

„Kriminalität. **Wie kann das sein?**

Es ist zu lesen, die Regierung habe bekanntgegeben, dass es 2018 fast 2000 Angriffe auf Flüchtlinge gegeben habe, (...) aufgeteilt in Beleidigungen, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen an Asylbewerberheimen. Die gleiche Regierung bringt es aber angeblich nicht fertig, die Übergriffe und Messerstechereien, die von Flüchtlingen an Deutschen begangen wurden, separat zu erfassen. Solch eine Statistik ist geplant, kann aber erst in drei Jahren umgesetzt werden (...). Wie kann das sein? Ich will nicht aufwiegheln, jede Straftat ist eine zu viel, egal von wem, aber wundert sich (...) noch jemand über den Zulauf für rechte Parteien? [+ Name, Ort]“ (Die Rheinpfalz am Sonntag 24.3.2019)

Abgrenzungsversuche von anderen Parteien finden, sondern ebenso Aussagen, die sich nur als Provokation auffassen lassen:

- (15) Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene ein. [...] (2016: 44)

Die „Willkommenskultur“, von der Merkel-Regierung mit großem propagandistischem Aufwand und breiter Medien-Unterstützung für ihre Flüchtlingspolitik auf den Weg gebracht, wird hier von der AfD auf einen völlig anderen Kontext übertragen und für Ziele beansprucht, die mit der Förderung der Geburtenrate und der Erschwernis von Abtreibungen zusammenhängen. Der Replik-Charakter bestimmter Programm-Komponenten hätte kaum deutlicher demonstriert werden können.

Versucht man, ein Zwischenfazit zu ziehen, ist eines sicher nicht zu übersehen: die klare polarisierende Konstruktion des gesamten Parteiprogramms. Dazu gehört auch die einseitige Betrachtung der Flüchtlings- und Migrationsfrage; thematisiert werden in erster Linie Gefahren, Unkosten und potentielle Schäden. Insofern kann man die Frage, ob es sich um ein populistisches Programm handle, durchaus bejahen. Ob deswegen die einzelnen Passagen als „ausländerfeindlich“ oder „rassistisch“ eingestuft werden müssen, ist eine Frage der politischen Bewertung. Die vorstehenden Abschnitte sollten wenigstens deutlich machen, in welchem Maße ein Bemühen vorliegt, Grenzen juristischer Angreifbarkeit möglichst nicht zu überschreiten. In diesem Sinne dürften auch bestimmte Äußerungen zur Betonung von Rechtstreue und Integration „geschätzter“ (!) „ausländischer Mitbürger“ zu verstehen sein (vgl. (7), (10)). Von hieraus sogleich eine direkte Parallele zu Zielen



Abb. 3: Die AfD mit nationalsozialistischen Tendenzen? (die tageszeitung 3.8.2018)

und Methoden der NSDAP zu ziehen (vgl. Kämper 2017: 31f.; Dietl 2018: 50ff. und Abb. 3), erscheint aufgrund des Parteiprogramms nicht begründbar, und dem sei hier ausdrücklich widersprochen. Das nationalsozialistische System, seine Vorgehensweisen und seine Zielsetzungen mit politischen Verhältnissen der heutigen Bundesrepublik zu assoziieren, kann in der Tat nicht überzeugen.

4. Populistische Reden?

Im Vergleich zu Parteiprogrammen, die sich normalerweise durch allgemeinere und eher vage, nicht tagespolitisch bestimmte Formulierungen auszeichnen, bestehen für politische Reden, gerade was ihre inhaltliche und stilistisch-rhetorische Ausgestaltung betrifft, wesentlich größere Freiräume. Das gilt auch für Beiträge aus dem Kreis der AfD. Anhand von zwei Redebeispielen prominenter Vertreter der Partei soll nun gezeigt werden, wie die AfD ihre Ziele in konkreten Handlungsfeldern umzusetzen versucht, wo sich Unterschiede gegenüber Programm-Aussagen feststellen lassen und in welchem Maße man von populistischen Redestrategien sprechen kann. Großes Aufsehen erregte **Alexander Gauland** am 2. Juni 2018 mit einer Rede, die er während des Bundeskongresses der *Jungen Alternative* im thüringischen Seebach hielt; zur Veranschaulichung das folgende Zitat:

(16)



„[...] Wir haben eine ruhmreiche Geschichte, die länger dauerte als 12 Jahre und nur wenn wir uns zu dieser Geschichte bekennen, haben wir die Kraft, die Zukunft zu gestalten. Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die 12 Jahre, aber liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über tausendjährigen Geschichte.

Und die großen Gestalten der Vergangenheit, von Karl dem Großen über Karl den V., bis zu Bismarck sind der Maßstab, an dem wir unser Handeln ausrichten müssen. Grade weil wir die Verantwortung für die 12 Jahre übernommen haben, haben wir jedes Recht, den Stauferkaiser Friedrich II., der in Palermo ruht, zu bewundern.

Der Bamberger Reiter gehört zu uns, wie die Stifterfiguren des Naumberger Doms. Liebe Freunde, denken wir immer daran, dass ein deutscher Jude, Ernst Kantorowicz den Ruhm des Stauferkaisers beschrieben hat. Nein, der Islam gehört nicht zu uns, unsere Vorfahren haben ihn 1683 vor Wien besiegt. Aber das deutsche Judentum, von Ballin und Bleichröder über Rathenau und Kantorowicz war Teil einer deutschen Heldengeschichte, die Hitler vernichten wollte. [...]“
(<https://www.afdbundestag.de/vollstaendige-rede-dr-alexander-gaulands-vom-02-juni-2018/> (17.8.2018))

Versucht man, aus der Sicht Gaulands den wesentlichen Kern seiner Rede herauszustellen, dann dürfte es vor allem um die Aussage „Deutschland hat eine ruhmreiche Geschichte“ gehen. Diese gilt es, als These plausibel zu machen, von ihrer Gültigkeit sollen die Adressaten überzeugt werden. Um dieses Ziel bei der anvisierten Zielgruppe, den Delegierten der AfD-Nachwuchsorganisation, zu erreichen, bemüht der Redner eine Reihe subsidiärer, akzeptanzstützender Sprachhandlungen.

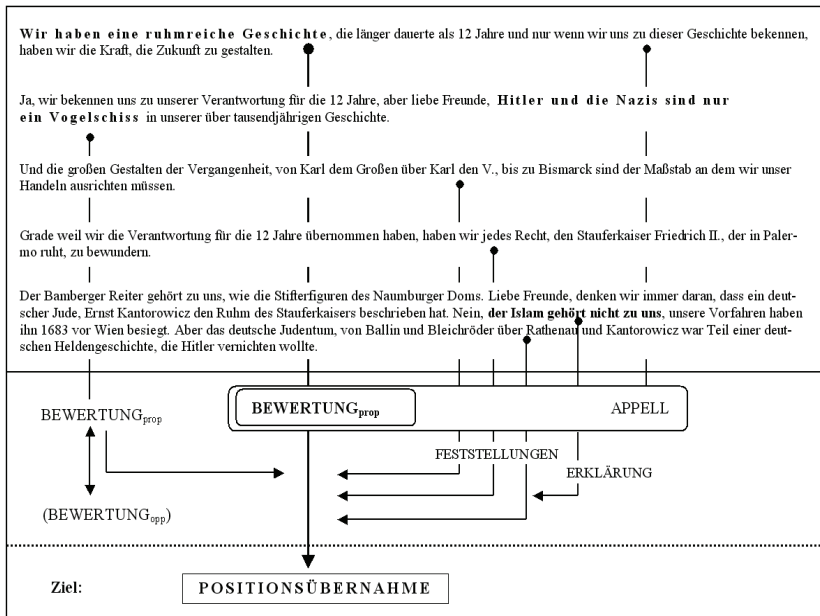
Die zentrale These steht am Anfang dieses Redeabschnitts, gefolgt von einem Appell, sich zur eigenen „ruhmreichen Geschichte“ zu bekennen. Der anschließende Satz enthält zum einen die Feststellung, man würde sich zur „Verantwortung für die 12 Jahre“, also zur Zeit des Nationalsozialismus, bekennen, zum andern die bewertende Äußerung des Proponenten, „Hitler und die Nazis“ wären in der mehr als „tausendjährigen Geschichte“ „nur ein Vogelschiss“. (Die relativ ausführliche Thematisierung dieser Zeit hat einen einfachen Grund: Es ist nicht gerade üblich, die deutsche Geschichte pauschal als „ruhmreich“ zu bezeichnen. Insofern geht Gauland hier auch auf eine gegenläufige, gleichsam virtuell präsente Opponenten-Bewertung ein; vgl. die diesbezügliche Notation in (16’).) Zur Bekräftigung der „ruhmreichen Geschichte“ werden sodann die als Vorbilder eingeführten „großen Gestalten der Vergangenheit“ genannt: Karl der Große, Karl V., Bismarck und schließlich auch der Stauferkaiser Friedrich II. Mit dem Bamberger Reiter und den Stifterfiguren des Naumberger Doms kommen zwei mittelalterliche Kunstdenkmäler zur Sprache, was schließlich zu der Feststellung überleitet, auch eine Reihe jüdischer Persönlichkeiten seien Teil einer „deutschen Heldengeschichte“ (Ernst Kantorowicz als Historiker, Robert Ballin als Unternehmer, Gerson von Bleichröder als Bankier, Walther Rathenau als Politiker der Weimarer Republik); nicht dazu gehöre jedoch der Islam, da dieser 1683 nach der erfolglosen Belagerung Wiens durch osmanische Truppen von alliierten christlichen Kräften zurückgeschlagen wurde (vgl. als schematische Zusammenfassung der Handlungsstruktur (16’)).

Gewisse Parallelen zum Parteiprogramm sind offenkundig. So heißt es etwa zur Geschichts-Auffassung:

Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst. (2016: 48)

Die Umsetzung der geforderten „erweiterten Geschichtsbetrachtung“ hätte klarer kaum sein können. Gauland ist sichtlich bemüht, nicht nur sich selbst als geschichtlich versierten Politiker in Szene zu setzen, sondern auch seine Vorstellung von deutscher „Heldengeschichte“ als Identifikationsmöglichkeit

(16*)



anzupreisen. Hierzu dienen zunächst die positiv bewerteten historischen Figuren, sodann ebenfalls die einbezogenen, namentlich benannten jüdischen Vertreter.¹¹ Neben dieser Förderung von Zugehörigkeitsgefühl und Gruppenbildung bleibt auch das polarisierende Bestreben des Redners erkennbar: Alles zum Islam Gehörende wird explizit ausgegrenzt. Nicht zu übersehen ist weiterhin der **hörerinklusive Pronomengebrauch**. In dem zitierten Redeausschnitt kommen allein siebenmal *wir* und achtmal *uns* (oder eine entsprechende Flexionsform) vor. Schließlich dürfte zur Signalisierung einer kollektiven Zugehörigkeit ebenso die mehrfache Verwendung des Adjektivs *deutsch* in den letzten Zeilen (einschließlich der zweifachen Anrede *liebe Freunde*) beitragen.¹²

Ein Punkt in (16) wurde bislang noch nicht näher kommentiert: die Art und Weise, wie Gauland auf die Zeit des Nationalsozialismus eingeht. Betont wird, Verantwortung für diese 12 Jahre übernommen zu haben und sich dazu zu bekennen. Völlig aus dem Rahmen fällt jedoch – und dies nicht nur bezüglich des Stils – die Aussage, diese Periode bedeute nur einen „Vogelschiss in unserer über tausendjährigen Geschichte“. Die vulgäre Ausdrucksweise ist nicht allein

¹¹ Im AfD-Programm ist ausdrücklich von „jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur“ die Rede (2016: 48).

¹² Zu Verfahren der Zugehörigkeits-Konstruktion in unterschiedlichen Kontexten vgl. Hekmat (2010), Zielińska (2016), Lobenstein-Reichmann (2017).

im Kontext einer vergleichsweise sachlich wirkenden Argumentation vollkommen unangemessen; in Anbetracht dessen, was die NS-Zeit real bedeutet, was sie an Opfern europaweit gekostet hat und welche Folgen bis auf den heutigen Tag wirksam sind, handelt es sich um eine kaum noch überbietbare Provokation, um eine Verhöhnung der Opfer, um eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, die eines Fraktionsvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten unwürdig ist. Darüber können auch die vermeintlich relativierenden Stellungnahmen in (16), insbesondere die wohlwollende Erwähnung jüdischer Verdienste, nicht hinwegtäuschen. Und bedenkt man die langjährige politische Karriere Gaulands (von 1973 bis 2013 in der CDU bis hin zur Position eines Staatssekretärs im Bundesland Hessen) und seine Erfahrung mit der medialen Selbstdarstellung, dann erscheint ein Ausrutscher, eine nur versehentlich falsche Wortwahl ausgeschlossen. Insofern sind auch die nachträglichen Korrekturversuche in einem Interview mit Skepsis zu sehen:

- (17) **[Roger Köppel:] [...] Vor wenigen Wochen machten Sie selber den Höcke, als Sie die zwölf Jahre der Nazi-Diktatur als «Vogelschiss» bezeichneten. Sechs Millionen tote Juden, sechzig Millionen Kriegstote und ein Verbrecherregime, das seinesgleichen sucht – alles nur ein lästiger «Vogelschiss», den man mit einer Handbewegung abwischt? Als ich das las, dachte ich: «Welcher Vogel hat denn jetzt Gauland ins Hirn...?» Sie verstehen, was ich meine.**

[Alexander Gauland:] Ich habe das wirklich nicht als Bagatellisierung verstanden, und ich hätte nie gedacht, dass das so aufgefasst wird, denn wenn Sie die ganze Rede lesen, sehen Sie, dass ich nichts verharmlost habe.

[R. Köppel:] Bilder in der Politik sind wichtig, die bleiben hängen. Was wollten Sie mit dieser Rede zum Ausdruck bringen?

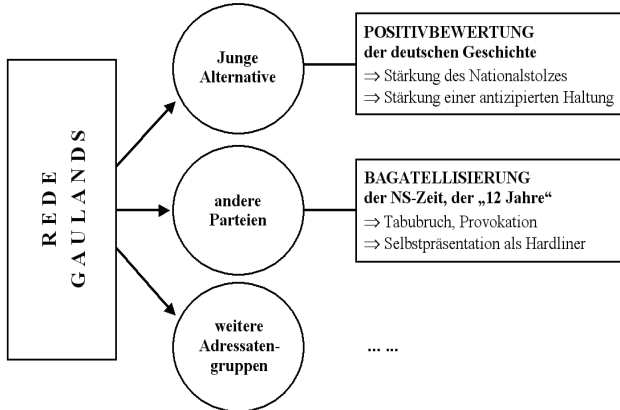
[A. Gauland:] Ich wollte den Leuten sagen, dass es eine grosse deutschjüdische Tradition gibt, die wir verteidigen müssen. Gerade in diesem Zusammenhang war der «Vogelschiss» für mich eine Bezeichnung für tiefe Verachtung. Keineswegs eine Bagatellisierung. Und ehrlich gesagt, da ist dann auch ein Bohei darum gemacht worden. [...]

(Die Weltwoche 30.7.2018)

Im Kreis der *Jungen Alternative* dürfte die kritisierte Äußerung als gezielter Tabubruch zu verstehen gewesen sein, als Signal an die Nachwuchsdelegierten, die NS-Zeit nicht mehr mit der gebotenen Distanz oder Ernsthaftigkeit betrachten zu müssen, auf jeden Fall nicht als Hindernis für den Glauben an die „deutsche Heldengeschichte“. Die Reaktionen auf die Rede Gaulands waren in den Medien, was nicht überrascht, durchweg ablehnend; aus dem Kreis ernstzunehmender parteipolitischer Gesprächspartner dürfte sich der Redner damit vorerst verabschiedet haben. Wie die Rede bei Mitgliedern der AfD aufgenommen wurde, darüber

kann man letztlich nur spekulieren. Grundsätzlich wird aber die unterschiedliche Adressierung auch zu divergierenden Interpretationen geführt haben (vgl. (16'')).

(16'')



Das zweite hier besprochene Beispiel entstammt einer Rede von **Alice Weidel**, der Ko-Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, zur Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 16.5.2018:

(18)



„Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muss er den profanen Augen des Untertanen entzogen werden. Diesen Satz, der Kardinal Richelieu zugeordnet wird, haben Sie sich offensichtlich seit Jahrzehnten auf die Fahnen geschrieben; denn pünktlich zur Vorstellung des Haushaltes beginnt das Tarnen und Täuschen. Statt dem Souverän, dem Bürger, reinen Wein einzuschenken, werden vollmundige Sonntagsreden gehalten. Und dabei fühlen Sie sich dem Schriftzug am Hohen Hause „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ ohnehin nicht mehr verpflichtet. Das Volk wollen Sie sich nämlich selbst aussuchen und zusammenstellen. [...]“

(<https://www.afdbundestag.de/rede-von-alice-weidel-zur-haushaltsdebatte-im-bundestag/> (17.8.2018))

Wie schon in den Ausführungen Gaulands dominiert auch hier von Beginn an eine konfrontative Tonlage. Die gesamte Einleitung stellt eine massive und pauschale Kritik an allem, was nicht zur AfD gehört, dar. Der Regierung bzw.

den Regierungsparteien wird vorgeworfen, bei der Vorlage des Haushalts nicht transparent vorzugehen, damit die Wählerschaft zu täuschen und überhaupt sich dem „deutschen Volk“ nicht mehr verpflichtet zu fühlen. Mit ihrer Wortwahl etabliert die Rednerin von vornherein eine spöttisch-sarkastische Kommunikationsmodalität; phraseologische Ausdrücke wie *das Tarnen und Täuschen, sich etw. auf die Fahnen schreiben* und *jmdm (keinen) reinen Wein einschenken* unterstützen hier die Negativbewertungen – mit einer sachlichen Auseinandersetzung dürfte insofern also kaum zu rechnen sein. Mit dem texteröffnenden Richelieu-Zitat ist Weidel zudem um eine Selbstdarstellung als souverän oder überlegen bemüht. Allerdings zeugt das Zitat von einem recht großzügigen Umgang mit historischen Quellen; die in (18) formulierte Folgerung „Daher muss er den profanen Augen des Untertanen entzogen werden“ findet sich beispielsweise nicht im herangezogenen Bezugstext, es ist eine freie, auf die Redeabsicht gut abgestimmte Ergänzung der Rednerin. Das Zitat im Original:

Les finances sont les nerfs de l'État et il est vrai que c'est le point d'Archimède, qui, étant fermement établi, donne moyen de mouvoir tout le monde.¹³

Der Bundeshaushalt hat für Weidel in der Haushaltsdebatte insgesamt eine eher sekundäre Bedeutung. Wichtiger erscheint die Strategie des Sich-Abgrenzens, des Polarisierens um jeden Preis. Dies bestätigt sich im Verlauf der gesamten Rede, aus der in (19) noch eine weitere Passage wiedergegeben wird:

(19) [...] Sie behaupten, der Haushalt sei zukunftsorientiert. Im Gegenteil: **Sie verbauen die Chancen der zukünftigen Generationen.** Das Fundament unseres Staates sind die Menschen, die hier leben und arbeiten. Es sind aber nicht nur die Menschen, die jetzt hier leben, sondern auch diejenigen, die in Zukunft hier leben werden. Ja, wir haben die Hauptverantwortung für die Menschen, die Familien, die schon länger hier leben, und diesen Menschen haben Sie zu dienen. Staatsaufgabe ist nämlich, das über Generationen aufgebaute Volksvermögen treuhänderisch **zum Wohle des deutschen Volkes** zu verwalten und es nicht mit vollen Händen zum Fenster rauszuschmeißen; denn Eigentümer sind die deutschen Bürger und nicht Sie, nicht die Regierung. Seit 1972 werden in Deutschland jedes Jahr weniger Kinder geboren, als Menschen sterben. Für die Überlebensfähigkeit eines leistungsfähigen Staates ist das ein Problem. Was haben Sie

¹³ „Die Finanzen sind der Nerv des Staates, und da handelt es sich in der Tat um den archimedischen Punkt, der aufgrund seiner festen Verankerung geeignet ist, alle Welt in Bewegung zu setzen.“ (Armand Jean du Plessis de Richelieu (1688): Testament politique. Paris, II^e partie, chapitre IX, p. 7) Richelieu lebte im übrigen von 1585 bis 1642; sein „Politisches Testament“ ist also erst postum erschienen.

dagegen getan? Nichts, na ja, jedenfalls nichts Wirksames. Denn Sie setzen ausschließlich auf **kompensatorische Einwanderung** – das sagen Sie ja die ganze Zeit. Bei muslimischen Zuwanderern schaut die Geburtenrate nämlich ganz anders aus. Sogar die Anfertigung der Einwohnerzahl durch **zugewanderte Straftäter** mit mehrfachen Identitäten scheint Sie überhaupt gar nicht zu stören. Doch ich kann Ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern. Dazu, Herr Kauder, bedarf es einer qualifizierten und keiner plan- und zügellosen, bildungsfernen Zuwanderung. [...] (Hervorhebungen H.H.L.)

Es fällt schwer, eine stringente, thematisch passende Argumentationslinie zu erkennen, an der man sich orientieren könnte. Die AfD-Referentin nutzt die Chance, nach einer kurzen formalen Bezugnahme auf das vorgegebene Thema wieder parteipolitische Schwerpunkte zur Sprache zu bringen, nämlich die Kritik an der Migrationspolitik der Regierung, und die zum Maßstab einer allgemeinen Abrechnung zu machen. Wieder werden die eigene Position und die Gegenposition in zum Teil polemischer Weise gegenübergestellt. Es ist nun nicht die Kontrastierung als solche, die außergewöhnlich erscheint, das dürfte in der parlamentarischen Auseinandersetzung und erst recht in einer Haushaltsdebatte eher der Normalfall sein. Hervorzuheben ist vielmehr: die stereotype Fixierung auf ein medienwirksames Thema, der in nahezu allen AfD-Reden feststellbare Verweis auf das „deutsche Volk“¹⁴ sowie das Fehlen jeglichen Bemühens um einen lösungsorientierte Alternative.

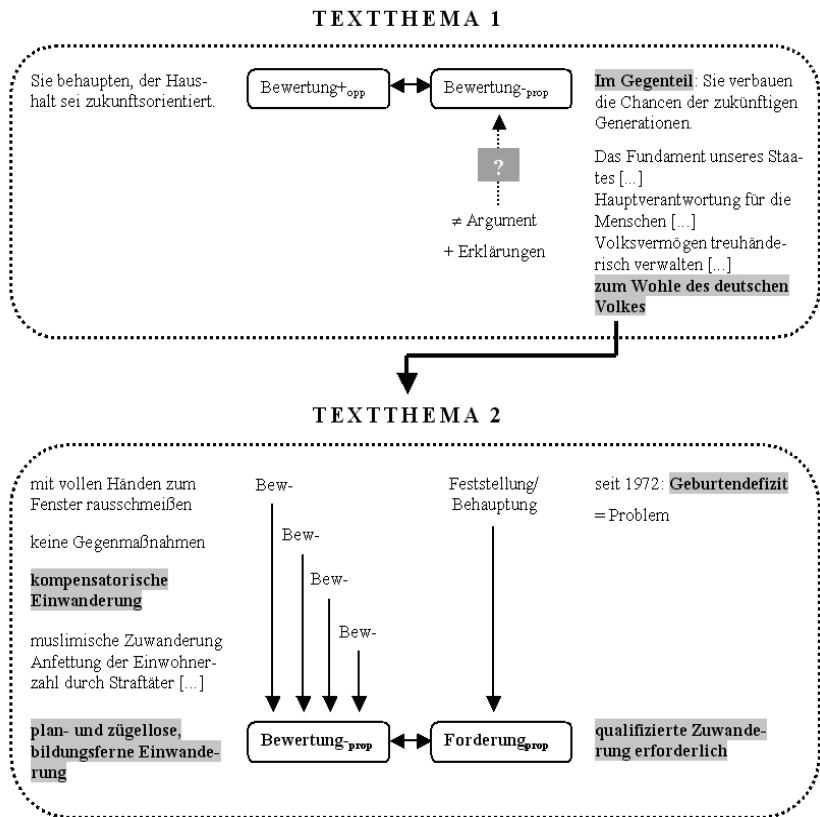
Im Redeauschnitt (19) resultiert das Polarisierende aus der Verteilung der Bewertungen: Auf der einen Seite erfahren sämtliche der Regierung zugeordneten Handlungen eine massive Kritik, andererseits wird die eigene Position geradezu apodiktisch mit Feststellungen verbalisiert, die als faktisch und unumstößlich gelten (vgl. (19')). Das Resultat mündet wiederum in eine der migrationspolitischen Forderungen der AfD.

Die Forderung der AfD zur Migrationspolitik ergibt sich aus einer negativen Einschätzung der demographischen Situation seit den 1970er Jahren; sie steht im Gegensatz zu einer der Regierung vorgeworfenen Politik der „plan- und zügellosen, bildungsfernen Zuwanderung“. Die Rednerin unterstreicht die Wichtigkeit ihrer Kritik auch durch die Wahl sprachlicher Mittel: So wird u.a. der Vorwurf

¹⁴ Die Musterhaftigkeit der Berufung auf den „Volkswillen“ oder auf das „Volkswohl“ wird auch bei Felder (2018: 36f.) zum Gegenstand der Betrachtung gemacht; mit Recht spricht der Autor, da mit solchem Sprachgebrauch eine „Aura der Unhintergebarkeit“ suggeriert werde, von einem „Jargon der Anmaßung“.

erhoben, man würde eine „Anfettung der Einwohnerzahl durch zugewanderte Straftäter mit mehrfachen Identitäten“ in Kauf nehmen; in einer weiteren Äußerung wendet sich Weidel gegen „Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse.“¹⁵ Argumentativ gestützt wird die zentrale Konklusion außerdem durch vier ebenfalls drastische Negativbewertungen. Der recht künstlich wirkende Übergang zum Textthema der Migrationspolitik erfolgt nach mehreren Erklärungen zur Regierungsverantwortung, diese Erklärungen wiederum sollen anscheinend als Bindeglied zum Haushaltsthema fungieren (vgl. (19')).

(19')



¹⁵ Wegen dieser Wortwahl erhält die Rednerin vom Bundestagspräsidenten eine Rüge: „Sie haben unter anderem die Formulierung Kopftuchmädchen und sonstige Taugenichtse gebraucht. Damit diskriminieren Sie alle Frauen, die ein Kopftuch tragen. Dafür rufe ich Sie zur Ordnung.“

Analog zum Textanfang ist die Rednerin auch bei der Gestaltung der Textbeendigung¹⁶ bemüht, ein Zitat heranzuziehen und dies in ridikulisierender Weise dem politischen Gegner entgegenzuhalten:

- (20) [...] Die Hoheit über unseren Haushalt gehört nach Berlin und nicht nach Brüssel. In diesem Sinne schließe ich mit einem Zitat des früheren tschechischen Präsidenten Zeman, das Ihnen auch schon die ehrenwerte ehemalige CDU-Abgeordnete Erika Steinbach vorgetragen hat – ich zitiere –: Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Angelschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, dann haben Sie das volle Recht, zu sagen, dieses Land wird von Idioten regiert.

Es sind nicht allein die exponierten Stellen im Redetext, und dies betrifft sowohl die Vorgehensweise von Alice Weidel als auch von Alexander Gauland, die eines deutlich machen: Provokation und aggressive Abgrenzung von den übrigen Parteien sind wichtiger als Beiträge zur Lösung politischer Fragen. Das Polarisieren gehört ohne Frage zu den konstitutiven Merkmalen der exemplarisch herangezogenen Reden, wobei die Grenze des Erlaubten – unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung – nicht selten überschritten wird. Tabubrüche, z. B. bezüglich der NS-Zeit oder rassistischer Positionen, nimmt man in Kauf, auch Ordnungsrufe im Bundestag werden einkalkuliert, wenn es darum geht, Verunglimpfendes gegen bestimmte Personen oder Personengruppen zum Ausdruck zu bringen. In dem Zusammenhang werden Entscheidungen der politischen Konkurrenz vielfach als Skandal inszeniert. Die Argumentationsweise zeichnet sich in vielen Fällen durch ein Fehlen sachlogischer Stringenz, durch ein Praktizieren stereotyper und markanter Einordnungs- und Bewertungsmuster aus; eine Charakterisierung als ‚populistisch‘ erscheint insofern durchaus naheliegend.

Im Vergleich zu den Formulierungen im Parteiprogramm sorgen Redebeiträge der AfD daher häufig für eine große mediale Aufmerksamkeit. Das Ziel, möglichst breite Wählerschichten anzusprechen, auch und vornehmlich am rechten politischen Rand, hat offensichtlich zur Folge, mit Blick auf die sprachliche Präsentation Formulierungsweise zu bevorzugen, die als öffentlichkeitswirksam und profilierungsfähig im Sinne der genannten Parteistrategien gelten.

¹⁶ Zum Einsatz vorgeprägter Sprachmuster – von Zitaten über Sprichwörter bis hin zu Routineformeln – in textuellen Eröffnungs- und Beendigungssequenzen generell vgl. u.a. Sandig (1989), die hier den treffenden Terminus „Konklusionspointierungsfunktion“ verwendet, und Poźlewicz (2014).

Literatur

- Decker Frank (2017): Rechtspopulismus in Europa. *Bürger & Staat* 1, 12–17.
- Decker Frank, Lewandowsky Marcel (2009): Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens; <http://www.bpb.de/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=all> (15.3.2019).
- Dietl Stefan (2018): *Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“*. Münster.
- Felder Ekkehard (2018): Verfestigte Sprache. Parteien-Sprech zwischen Jargon der Anmaßung und angemessenem Sprachgebrauch. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46/47, 33–38.
- Friedrich Sebastian (2015): *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland*. Berlin.
- Hekmat Ida (2010): Construction d'identités collectives stéréotypées en confrontation à travers des références à l'histoire. In: Palander-Collin Minna, Lenk Hartmut E.H., Nevala Minna, Sihvonen Päivi, Vesalainen Marjo (Hrsg.): *Constructing Identity in Interpersonal Communication*. Helsinki, S. 351–364.
- Jaspers Karl (1966): *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen*. München.
- Kaczmarek Dorota (2017): Skandalisierung ‚aus zweiter Hand‘. Spitzenpolitiker im negativen Spiegel der Auslandspresse. In: Bilut-Homplewicz Zofia, Hanus Anna, Lüger Heinz-Helmut, Mac Agnieszka (Hrsg.): *Medienlinguistik und interdisziplinäre Forschung II*. Frankfurt am Main, 153–170.
- Kämper Heidrun Deborah (2017): Das Grundsatzprogramm der AfD und seine historischen Parallelen. Eine Perspektive der Politolinguistik. *Aptum* 13/1, 16–41.
- Keilholz Franz, Obert Josephine (2018): Wahrheitsoperationen bei ‚alternativen Fakten‘: Verschwörungstheoretische Strategien zur Abwertung von Autoritäten im Medium der Sprache. In: Klinker Fabian, Scharloth Joachim, Szczek Joanna (Hrsg.): *Sprachliche Gewalt. Formen und Effekte von Pejorisation, verbaler Aggression und Hassrede*. Stuttgart, 203–221.
- Lobenstein-Reichmann Anja (2017): Eigenes und Fremdes konstruieren. In: Niehr Thomas, Kilian Jörg, Wengeler Martin (Hrsg.): *Handbuch Sprache und Politik*, Bd. 2. Bremen, 811–832.
- Lüger Heinz-Helmut (2014): Persuasion und politische Kommunikation. In: Bassola Péter, Drewnowska-Vargáné Ewa, Kispál Tamás, Németh János, Scheibl György (Hrsg.): *Zugänge zum Text*. Frankfurt am Main, 321–342.
- Lüger Heinz-Helmut (2018): Zwischen Akzeptanzstützung und Pseudo-Argumentation. Phraseme im politischen Sprachgebrauch. In: Gondek Anna, Jurasz Alina, Szczek Joanna (Hrsg.): *Einblicke – Rückblicke: Beiträge zur deutschen Phraseologie und Parömiologie aus intra- und interlingualer Sicht*, Bd. 1. Baltmannsweiler, 75–92.
- Omlor Stephan (2011): Personalwechsel oder Politikwechsel? Generationenwandel im Front National. *Beiträge zur Fremdsprachenvermittlung* 51, 135–198.
- Piroshnikow Alexander (2014): *Expressivität des deutschen politischen Diskurses*. Bremen.
- Pörksen Bernhard (2000): *Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien*. Wiesbaden.
- Poźlewicz Agnieszka (2014): Phrasen als Mittel der textuellen Exposition. In: Bartoszewicz Iwona, Szczek Joanna, Tworek Artur (Hrsg.): *Phrasenstrukturen und -interpretationen im Gebrauch I*. Wrocław, Dresden, 113–122.
- Sandig Barbara (1989): Stilistische Funktionen verbaler Idiome am Beispiel von Zeitungsglossen und anderen Verwendungen. In: Gréciano Gertrud (Hrsg.): *Europhras 88. Phraseologie contrastive*. Strasbourg, 387–400.

- Scharloth Joachim (2017): Ist die AfD eine populistische Partei? – Eine Analyse am Beispiel des Landesverbandes Rheinland-Pfalz. *Aptum* 13/1, 1–15.
- Smykała Marta (2016): „Wir schaffen das!“ Diskursive Strategien sprachlicher Konstituierung des Beginns der Flüchtlingskrise und ihrer Hauptakteure im Pressediskurs am Beispiel der Wochenzeitung DIE ZEIT. *tekst i dyskurs – text und diskurs* 9, 187–205.
- Visser Judith (2018): Twitter im Wahlkampf von Marine Le Pen: Politolinguistische Analyse eines populistischen Diskurses. In: Issel-Dombert Sandra, Wieders-Lohéac Aline (Hrsg.): *Wahlkampf ist Wortkampf. Präsidentschaftswahlkampagnen aus sprachwissenschaftlicher Sicht*. Berlin, 173–195.
- Weber Tilo (2017): *Volk* – ein Schlüsselwort im Brennpunkt gegenwärtiger politischer Diskurse. *Aussiger Beiträge* 11, 233–255.
- Zielińska Kinga (2016): Zur sprachlichen Inszenierung von kollektiver Zugehörigkeit in der BILD-Zeitung. In: Kaczmarek Dorota (Hrsg.): *Politik – Medien – Sprache*. Łódź, 169–183.

Prof. Dr. Heinz-Helmut Lüger
Zeppelinstraße 45
D-76887 Bad Bergzabern
E-Mail: heinz-helmut.lueger@t-online.de